



Bürgerinitiative Vinxel

Pressemitteilung der BI Vinxel zum PUA vom 21. Juni 2017

In der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses (PUA) am 21. Juni 2017 steht wieder einmal Vinxel auf der Tagesordnung. Im letzten Jahr hatten nach dem Bürgerantrag des Erzbischöflichen Schulfonds alle Parteien Verständnis für die Sorgen der Vinxeler angesichts der massiven Planung bekundet und Zustimmung zur Forderung der Bürgerinitiative und des Bürgervereins nach Erhalt des dörflichen Charakters und einer maßvollen, angepassten Bebauung signalisiert.

Doch auch wenn der Name Vinxel in der Sitzung immer wieder genannt wird, von unserem Dorf ist eigentlich nicht mehr die Rede, sondern von einem neuen Ortsteil. Denn es werden, wie mehrfach betont, zukünftig zwei Bebauungspläne im Zusammenhang gesehen. Der B-Plan 50/18, der den bisherigen 50/1 ersetzen wird, umfasst 40.900 qm, beim B-Plan 50/19 sind es 93.700 qm. Vinxel wird dann an seinem Nordrand eine Gesamtfläche von fast 135.000 qm für Wohnbebauung anbieten können. Da lässt sich schnell überschlagen, dass hier eines Tages mindestens 1.000 bis 1.500 neue Vinxeler leben werden, fast eine Verdoppelung gegenüber heute. Den dörflichen Charakter will in der Sitzung keiner der Politiker mehr beschwören.

Auch wenn manche Sitzungsteilnehmer sich überrascht zeigen, dass die Vorlage aus dem Dezernat Theo Krämer schon zum jetzigen Zeitpunkt auf dem Tisch liegt, so möchte man das Verfahren dennoch möglichst schnell in Gang zu bringen. So stimmen dann alle bis auf die Mitglieder der KöWIs dafür, die üblichen Regeln der Bauleitplanung hier nicht anzuwenden. Nach der reinen Lehre, von einem SPD-Mann so spöttisch bezeichnet, wird zunächst ein Flächennutzungsplan (FNP) erarbeitet, bei dem die Bürger erste Möglichkeiten haben, ihre Wünsche und Bedenken vorzubringen. Erst danach wird der Bebauungsplan aufgestellt, bei dem die Bürger wiederum mehrfach gehört werden müssen. Diesen Umweg will man sich also sparen und beide Planverfahren parallel laufen lassen. Zudem wird in der Vorlage der Stadtverwaltung schon auf die Möglichkeit hingewiesen, das Thema Umwelt entsprechend § 13a BauGB quasi entfallen zu lassen, zumindest für den B-Plan 50/18.

Das alles lässt erhebliche Zweifel an seiner Zulässigkeit aufkommen. Auf alle Fälle trägt es nicht dazu bei, das Vertrauen zur „Obrigkeit“ zu fördern, ganz im Gegenteil. Eine solch massive Vergrößerung von Vinxel wie hier angestoßen erfordert nicht nur unzweifelhafte Verfahrensabläufe, viel mehr darf man erwarten, dass zunächst einmal ausführlich das Für und Wider diskutiert wird, bevor man zum Wann und Wie übergeht.

Die Bebauungspläne sollen Realität werden, weil der Druck aus Bonn so groß sei, neuen Wohnraum zu schaffen. Hier wird gerne der Hinweis auf den Bedarf der jungen Familien mit Kindern gegeben, mit dem Unterton, dafür müsse doch jeder Verständnis haben. Und Vinxel sei nun einmal der ideale Ortsteil von Königswinter wegen seiner Nähe zu Bonn. So würde möglichst wenig Verkehr entstehen.

Eine derart kurzgefasste Bedarfsanalyse scheint aber vielen Vinxeler Bürgern nicht akzeptabel. Auch wenn unsere Region für viele so attraktiv ist, dass sie hier arbeiten und leben möchten, so ist doch der Haupttrend in der Bevölkerungsentwicklung deren Rückgang. Welche Prognose soll also hier zugrunde gelegt werden? Welche Bestandsaufnahmen von nicht oder falsch genutzten Flächen in Königswinterer Ortsteilen gibt es, insbesondere in der Altstadt? Welche Gespräche hat es in den letzten Monaten mit der Stadt Bonn gegeben, für die ja angeblich alles gemacht wird? Denn auch in deren Ortsteilen Holtorf und Roleber soll umfangreich Wohnraum geschaffen werden.

In den Gesprächen, die die Bürgerinitiative und der Bürgerverein in den letzten eineinhalb Jahren mit Politik und Verwaltung geführt haben, wurde von deren Seite immer wieder vertrauliche Zusammenarbeit signalisiert. Die ist für uns jedoch nach dieser Vorlage und nach diesem Abstimmungsverhalten nicht erkennbar. Wir verstehen darunter jedenfalls nicht das gelegentliche „Zückerchen“ wie zuletzt der Prüfauftrag an die Verwaltung in Bezug auf die Festschreibung und Gestaltung der Gemeinbedarfsfläche. Die Fast-Verdoppelung unseres Dorfes darf nicht im Schweinsgalopp unter trickreicher Umgehung von klaren und üblichen Verfahrensvorgaben durchgewunken werden. Politik und Verwaltung sehen wir nicht auf unserer Seite stehen.